

»Es hat doch alles keinen Zweck mehr, es kommt ja doch in Kürze zu einem neuen Weltkrieg«

Stimmungslagen und Gerüchte in der unmittelbaren Nachkriegszeit in Sachsen

Krieg und Gerücht

»Der Krieg der Kanonen ist auch ein Krieg der Worte und Gerüchte«: Mit diesen Worten beschrieb der Literaturwissenschaftler Hans-Joachim Neubauer in seinem 1998 erschienenen Buch über die »Fama« das vermehrte Auftreten der spezifischen Kommunikationsform des Gerüchtes in Kriegssituationen.¹ Der historische Befund bestätigt diesen Zusammenhang vor allem für das 20. Jahrhundert als dem »Jahrhundert der Kriege«.² Gerüchte treten demnach vermehrt in Situationen der »Unterversorgung« mit vertrauenswürdigen Informationen auf und sind Resultate von Krisen, die typische Begleiterscheinungen des Krieges sind.³ Die Transformation der politischen und sozialen Verhältnisse im 20. Jahrhundert ging mit einer Störung von Kommunikation einher. Die Sozialpsychologin Susan C. Pendleton hat die Wechselwirkung zwischen gesellschaftlicher Instabilität und Gerüchtediffusion denn auch als wichtiges Thema der Gerüchtforschung beschrieben: »Historically, rumors have thrived during periods of social upheaval because of the related conditions of instability, fear, and uncertainty.«⁴ Die Verunsicherungen des Krieges bestanden zu einem nicht unbedeutenden Teil in der Verunsicherung von Information.

Das Urereignis der Destabilisierungserfahrungen des 20. Jahrhunderts wie auch

1 Hans-Joachim Neubauer, *Fama. Eine Geschichte des Gerüchts*, Berlin 1998, S. 114 f.

2 Vgl. Luciano Garibaldi, *Das Jahrhundert der Kriege*, Köln 2002.

3 Florian Altenhöner, *Kommunikation und Kontrolle. Gerüchte und städtische Öffentlichkeiten in Berlin und London 1914/1918*, München 2008, S. 316.

4 Susan C. Pendleton, *Rumor Research Revisited and Expanded*, in: *Language & Communication* 18 (1998), S. 69–86, hier S. 72.

der Verbreitung von Gerüchten stellte der Erste Weltkrieg dar. Mit der Ausweitung des Krieges zum technisch hochgerüsteten Massenkrieg, dessen Auswirkungen die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit erfassten und auch vor der ›Heimatfront‹ nicht Halt machten, erweiterte sich der Einflussbereich des Gerüchtes beträchtlich. Sowohl die Schreckens- und Ohnmachtserfahrungen der Frontsoldaten wie auch die Leiden und Entbehrungen der Zivilbevölkerung stellten Spielarten jener Verunsicherung dar, von der Gerüchte und Gerüchtemacher profitierten. Die Übermächtigkeit und die Unfassbarkeit des Erlebten, die existenziellen Ängste vor Tod und Zerstörung und nicht zuletzt Zensur und Informationsvorenthaltung von oben bewirkten eine erhöhte Nachfrage nach ›zuverlässigen‹ Informationen.⁵ Nicht selten entwarfen Gerüchte aber auch Schreckensszenarien, die sich auf die Propaganda der Kriegsparteien zurückführen ließen. Dies gilt etwa für Gräueltgeschichten über von Deutschen angeblich gekreuzigte kanadische Offiziere, für die Erzählung über die ermordete englische Krankenschwester Grace Hume und für Berichte von getöteten Säuglingen und Massakern an Kriegsgefangenen.⁶ Auch Meldungen über angebliche Spionagetätigkeit, über Luftangriffe und Sabotage gehören in diesen Zusammenhang. Diese Gerüchte waren Teil eines ausgeprägten Freund-Feind-Denkens, das eine Fortsetzung der gegenseitigen Ablehnung und des Misstrauens der Vorkriegszeit bedeutete. Letztlich basierte die ›Dolchstoßlegende‹ als eine sinnstiftende Nachkriegserzählung in Deutschland auf den Gerüchten der Kriegszeit.⁷

Wenn die Verunsicherungen und Destabilisierungen des Ersten Weltkriegs den Aufstieg des Gerüchtes zu einem wichtigen Kommunikationsmedium im 20. Jahrhundert beförderten, so wurde die weitere Verstetigung der gerüchteförmigen Kommunikation in der Zwischenkriegszeit und während des Zweiten Weltkriegs sozialpsychologisch mit dem hohen Niveau an sozialer und materieller Not erklärt, unter dem die Bevölkerung in weiten Teilen Europas zu leiden hatte.⁸ Diese Interpretation geht nicht zuletzt darauf zurück, dass die Gerüchtforschung während des Zweiten Weltkrieges einen deutlichen (praxisbezogenen) Aufschwung erfuhr, der sich insbesondere in der

5 Neubauer, Fama (wie Anm. 1), S. 112 u. 117.

6 Die 22jährige Grace Hume war als Krankenschwester im belgischen Vilvorde tätig und wurde dort nach dem Einmarsch der Deutschen Mitte September 1914 angeblich verstümmelt und ermordet. Neubauer, Fama (wie Anm. 1), S. 114 u. 117 ff., dazu auch Altenhöner, Kommunikation und Kontrolle (wie Anm. 3), S. 201 ff., sowie Lars-Broder Keil/Sven Felix Kellerhoff, Gerüchte machen Geschichte. Folgenreiche Falschmeldungen im 20. Jahrhundert, Berlin 2006, S. 27–48.

7 Altenhöner, Kommunikation und Kontrolle (wie Anm. 3), S. 307 ff.

8 Der Begriff nach Robert H. Knapp, A Psychology of Rumor, in: The Public Opinion Quarterly 8 (1944) H. 1, S. 22–37, hier S. 22.

Psychologie vollzog.⁹ Standen in diesen Forschungen vor allem die Möglichkeiten einer wirksamen Bekämpfung von »schädlichen« Gerüchten im Mittelpunkt, so erweiterte sich zugleich das Blickfeld auf die für Gerüchte günstigen gesellschaftlichen und kommunikativen Bedingungen. Gerüchte als Bestandteil von Alltagskommunikation und als Äußerung subjektiver Stimmungslagen gelangten hiervon ausgehend in zunehmendem Maß in den Fokus auch der historischen Forschung. So wurde festgestellt, dass Gerüchte besonders in der Frühen Neuzeit angesichts eines Mangels an alternativen Informationskanälen die Funktion des Nachrichtenträgers übernahmen. Unter den »repressiven Kommunikationsbedingungen« absolutistischer Herrschaft¹⁰, die durch Arkanpolitik und Zensur gekennzeichnet war, in der die Zahl der gedruckten Medien begrenzt blieb und in der der bei weitem größte Teil der Bevölkerung zu den Analphabeten zählte, bildete sich ein Nährboden für (mündlich verbreitete) Gerüchte. Insbesondere die ländliche Gesellschaft der Frühen Neuzeit unterlag diesen Bedingungen¹¹, und so erscheint es nicht verwunderlich, dass sich etwa die *grande peur* im Sommer 1789 besonders in der ländlichen Gesellschaft Frankreichs verbreitete.¹² Kriegshandlungen der Zeit wurden dementsprechend intensiv von Gerüchten begleitet.

Im Gegensatz zur Frühen Neuzeit spielten die Massenmedien des 20. Jahrhunderts eine große Rolle in der Informationsvermittlung: die Presse sowie seit den 1930er Jahren der Rundfunk und seit den 1950er Jahren das Fernsehen sorgten für die Etablierung einer medialen Öffentlichkeit, die scheinbar ohne den »Schwarzmarkt der Information« auskommen konnte.¹³ Dennoch blieben Gerüchte, bedingt durch Wirtschaftskrisen, politische Spannungen und vor allem Krieg, ein alltägliches Phänomen, dessen Konjunkturen eng mit verbreiteten Stimmungslagen und dem Maß der Verfügbarkeit verlässlicher Informationen korrelierten. Die Informationskanäle der modernen Massenmedien wurden angesichts der rasant wachsenden Bedeutung staatlicher (Kriegs-) Propaganda selbst zur Zielscheibe des Misstrauens und oftmals eher als Quelle der Falschinformation als der Aufklärung angesehen. Die »kollektive Erregung« der Öffent-

9 Auch das einflussreiche Buch von Gordon Allport/Leo Postman, *The Psychology of Rumor*, New York 1947, geht auf diese Forschungen zurück. Zur »psychologischen Kriegsführung« und der Rolle von Gerüchten vgl. Horst Schuh, *Das Gerücht. Psychologie des Gerüchts im Krieg*, München 1981.

10 Andreas Würgler, *Fama und Rumor. Gerücht, Aufruhr und Presse im Ancien Régime*, in: *Werkstatt Geschichte* 5 (1996) H. 15, S. 20–32, hier S. 21.

11 Vgl. Ira Spieker, »Dem Vernehmen nach«. Zu Wert und Gegenwert von Gerüchten im ländlichen Raum der Vormoderne, in: *Kuckuck. Notizen zur Alltagskultur* 2006, H. 2, S. 26–30.

12 Würgler, *Fama und Rumor* (wie Anm. 10), S. 21f. Vgl. auch Georges Lefebvre, *La Grande Peur de 1789*, Paris 1932. Zu Gerücht und öffentlicher Meinung im ancien régime vgl. Arlette Farge, *Dire et Mal Dire. L'Opinion Publique au XVIIIe Siècle*, Paris 1992.

13 Jean-Noël Kapferer, *Gerüchte. Das älteste Massenmedium der Welt*, Leipzig 1996, S. 19.

lichkeit¹⁴ erschwerte die Informationspolitik der Obrigkeit und untergrub in Kriegszeit die Bemühungen um eine ›geschlossene‹ Heimatfront.

Das verbreitete Aufkommen von Gerüchten im 20. Jahrhundert bedeutet nicht nur für die sozialpsychologische und historische, sondern auch für die volkskundlich-kulturwissenschaftliche Forschung eine Herausforderung. Diese zählt Gerüchte zu den »Grenzbereichen der Folklore«, da sich in ihnen nicht selten ältere mündlich tradierte Erzählmotive und -inhalte nachweisen lassen.¹⁵ Auch ist darauf zu verweisen, dass einige Gerüchte enge Verwandtschaft mit (modernen) Sagen aufweisen und somit ebenfalls im Fokus der volkskundlichen Erzählforschung stehen.¹⁶ Darüber hinaus ist aber auch die Frage von Interesse, wie sich öffentliche ›Erregungszustände‹ in Gerüchten äußern und welche Stimmungslagen durch sie zum Ausdruck kommen. Stimmungen der Bevölkerung und die Gerüchte, die aus ihnen hervorgehen, entspringen, so die dem Folgenden zugrunde liegende These, subjektiven Brechungen der objektiven Lebenslagen. Sie können daher Aufschluss über subjektive Verarbeitungsprozesse einer im Wandel befindlichen Gesellschaft geben. Dabei geht es nicht darum, Mentalitäten als eingeschriebene und dauerhafte Denk- und Verarbeitungsmuster herauszuarbeiten, sondern vielmehr um fluktuierende Denkweisen und Gefühlsäußerungen, die große Teile der Bevölkerung erfassten und die kollektiv geteilt waren.

Im Folgenden sollen Gerüchte als Spiegel von Kommunikationsmustern der unmittelbaren Nachkriegszeit am sächsischen Beispiel erläutert und als Ausdruck einer seit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs anhaltenden Krisensituation interpretiert werden.¹⁷

14 Altenhöner, Kommunikation und Kontrolle (wie Anm. 3), S. 6.

15 Gary Alan Fine/Janet S. Severance, Gerücht, in: Enzyklopädie des Märchens. Handwörterbuch zur historischen und vergleichenden Erzählforschung, hrsg. v. Rolf W. Brednich u. a., Bd. 5. Berlin u. a. 1987, Sp. 1102–1109, hier Sp. 1102.

16 Vgl. Edmund Lauf, Gerücht und Klatsch. Die Diffusion der »abgerissenen Hand«, Berlin 1990.

17 Das hierbei herangezogene Quellenmaterial wurde im Rahmen des volkskundlich-kulturwissenschaftlichen Forschungsprojektes »Fremde – Heimat – Sachsen. Staatliche Integrationsmaßnahmen und individuelle Adaptionsstrategien von Vertriebenen als Neubauern« am ISGV erhoben. Das mit Mitteln des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, des Sächsischen Staatsministeriums des Inneren, des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst, der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen sowie der Herbert-Wehner-Stiftung geförderte Vorhaben lief zwischen Oktober 2010 und Oktober 2012. Zur Konzeption des Vorhabens vgl. Ira Spieker/Sönke Friedreich, Fremde – Heimat – Sachsen: Staatliche Integrationsmaßnahmen und individuelle Adaptionsstrategien von Vertriebenen als Neubauern. Zur Konzeption eines Forschungsprojekts, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie 59 (2011), S. 97–105. Zu den Aspekten der archivalischen Forschung dieses Vorhabens vgl. Sönke Friedreich/Ursula Schlude, Vertriebene als Neubauern in Sachsen. Anmerkungen zur archivalischen Erforschung von Integrationsprozessen auf lokaler Ebene, in: Hans-Werner Retterath (Hg.), Zugänge. Volkskundliche Archiv-Forschung zu den Deutschen im und aus dem östlichen Europa [in Vorbereitung].

Angesichts der totalitären NS-Herrschaft bis 1945, der sich anschließenden Besetzung Deutschlands durch die Alliierten und der Neuordnung der politischen Verhältnisse waren diese Kommunikationsmuster und die sich in ihnen ausdrückenden Stimmungen der Bevölkerung Gegenstand staatlicher Überwachungs- und Kontrollstrategien und fanden damit Niederschlag in schriftlichen Quellen. Wie zu zeigen sein wird, brachte die Zeit nach dem Mai 1945 keine Beruhigung der lokalen Stimmungslagen; vielmehr erfuhr die gerüchteschwangere Kriegszeit über den Bruch des Kriegsendes am 8. Mai 1945 hinweg eine Verlängerung in die Nachkriegszeit.¹⁸ Es soll versucht werden, Stimmungslagen zu beschreiben und hierdurch zu Aussagen über subjektive Verarbeitungsprozesse der im Wandel befindlichen politischen und sozialen Verhältnisse zu kommen.

Vom Krieg zum Nachkrieg

»After the war there will be a stormy period of transition in which frustration and anxiety and doubt will be rife. The danger of rumor will not be over when the shooting stops.«¹⁹ Mit diesen prophetischen Worten beschrieb der amerikanische Psychologe Herbert Knapp 1944 die nach seiner Ansicht anhaltende Bedeutung von Gerüchten für die kommende Nachkriegszeit. Knapp argumentierte dabei auf der Grundlage seiner Untersuchungen zur Verbreitung von Gerüchten in der US-amerikanischen Bevölkerung und insbesondere unter den amerikanischen Soldaten nach dem Kriegseintritt 1941. Als Doktorand und Schüler von Gordon W. Allport hatte Knapp zudem maßgeblichen Anteil an der Gerüchtebekämpfung durch die *rumor clinics*, Maßnahmen der »psychologischen Kriegsführung«, mit denen der Verbreitung defätistischer Gerüchte in der Zivilbevölkerung vorgebeugt werden sollte.²⁰ Zu diesen zählten u. a. Falschinforma-

18 Vgl. Heinke M. Kalinke, Gerüchte, Prophezeiungen und Wunder. Zur Konjunktur sagenhafter Erzählungen in der unmittelbaren Nachkriegszeit, in: Elisabeth Fendl (Hg.), Zur Ikonographie des Heimwehs. Erinnerungskultur von Heimatvertriebenen (Schriftenreihe des Johannes-Künzig-Instituts, Bd. 6), Freiburg 2002, S. 159–174. Zur »Stunde Null« als Topos der Nachkriegsgeschichte vgl. Rolf Steininger, Deutsche Geschichte 1945–1961, Bd. 1, Frankfurt a. M. 1990, S. 87 ff.; Wilfried Röhrich, Die »Stunde Null«, in: Eckart Conzel/Gabriele Metzler (Hg.), Deutschland nach 1945. Ein Lesebuch zur deutschen Geschichte von 1945 bis zur Gegenwart, München 1997, S. 30–32. Zur Kritik an der Vorstellung von 1945 als Zäsur oder »Bruch« vgl. Alexander Gallus, Zäsuren in der Geschichte der Bundesrepublik, in: Hans-Peter Schwarz (Hg.), Die Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz nach 60 Jahren, Köln/Weimar/Wien 2008, S. 35–56, hier S. 39 f. Vgl. auch Rainer Gries, Mythen des Anfangs, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 18–19 (2005): 60 Jahre Kriegsende, S. 12–18.

19 Knapp, *Psychology of Rumor* (wie Anm. 8), S. 37.

20 Die *rumor clinics* bestanden in der Sammlung und Sichtung von Gerüchten in den Redaktionen mehrerer großer amerikanischer Tageszeitungen, der Einholung »zuverlässiger« Informationen zu den

mationen über einen unmittelbar bevorstehenden Sieg über Deutschland, über diverse Kriegsgräuel, über Korruption in der Kriegswirtschaft, über Prostitution in der US-Armee usw.²¹ Ähnlich wie die USA waren auch andere kriegführende Länder mit dem Problem der weiten Verbreitung von Gerüchten konfrontiert. In Deutschland herrschte seit dem Überfall auf Polen ein günstiges Klima für Gerüchte, deren Verbreitung mit der Verschlechterung der militärischen Situation nach der Niederlage bei Stalingrad Anfang 1943 und angesichts der immer stärker werdenden Kriegsauswirkungen auf die Zivilbevölkerung drastisch zunahm. Mit der zunehmenden Diskrepanz zwischen NS-Propaganda und Realität wuchs die Ungewissheit über den Kriegsverlauf und das weitere Schicksal Deutschlands. Studien über Kriegsgerüchte in Deutschland haben gezeigt, dass insbesondere der Luftkrieg und die Bombardierung zahlreicher Städte im Jahr 1943 zum Auslöser für Gerüchte wurden. Nachdem die Bevölkerung Hamburgs infolge der verheerenden Luftangriffe vom 25. Juli bis 3. August 1943 zu einem erheblichen Teil nach Süddeutschland evakuiert worden war, kursierten Berichte über brennenden Phosphor und MG-Beschuss der Zivilisten, aber auch über den Abwurf von Bombenattrappen, mit denen Frauen und Kinder getroffen werden sollten.²² Falschinformationen der NS-Propaganda mischten sich mit Gerüchten, die die Ängste der Bevölkerung zum Ausdruck brachten.²³ Nicht wenige Gerüchte bezogen sich auf ältere Motive wie Schandzauber, Brunnenvergiftung oder Verrat an den Feind und aktualisierten damit traditionelle Volkserzählungen.²⁴ Der inhaltliche Bezug auf die realen Lebensumstände von Zivilisten sowie die verzweifelte militärische Lage hoben diese Gerüchte indes weit über die Rolle als aktualisiertes mündliches Erzählgut hinaus. So basierte das seit 1942 auftretende Gerücht über den Abwurf von großen Mengen an Kartoffelkäfern durch amerikanische Flugzeuge und die hierdurch verursachte Vernichtung von Kartoffeln

gerüchteweise behandelten Themen sowie der Publikation von Gegendarstellungen zu besonders weitläufig kursierenden Gerüchten. Vgl. Neubauer, *Fama* (wie Anm. 1), S. 177.

21 Vgl. Hans-Joachim Neubauer, In der »Zone der Legendenbildung«. Zu einigen Kontexten der amerikanischen *rumor clinics* im Zweiten Weltkrieg, in: Werkstatt Geschichte 5 (1996) H. 15, S. 33–40, besonders S. 35.

22 Karl-Heinz Mistele, Kriegsgerüchte, in: Klaus Guth/Thomas Korth (Hg.), *Lebendige Volkskultur*. Festgabe für Elisabeth Roth zum 60. Geburtstag, Bamberg 1980, S. 145–153, hier S. 145 f.; vgl. auch Götz Bergander, Vom Gerücht zur Legende. Der Luftkrieg über Deutschland im Spiegel von Tatsachen, erlebter Geschichte, Erinnerung, Erinnerungsverzerrung, in: Thomas Stamm-Kuhlmann u. a. (Hg.), *Geschichtsbilder*. Festschrift für Michael Salewski zum 65. Geburtstag, Stuttgart 2003, S. 591–616, hier S. 600 f.

23 Knapp, *Psychology of Rumor* (wie Anm. 8), S. 23 f.

24 Mistele, *Kriegsgerüchte* (wie Anm. 22), S. 150 ff.

zwar auf älteren Vorstellungen von Schadenzauber, stellte für viele Zeitgenossen aber durchaus eine reale Bedrohung dar.²⁵

War der Luftkrieg der Mittel- bzw. Ausgangspunkt für zahlreiche Gerüchte, da er (scheinbar willkürlich) die Zivilbevölkerung traf, kaum eine Gegenwehr zuließ und darüber hinaus selten zum Gegenstand der Berichterstattung wurde, so wurden die günstigen Bedingungen für die Verbreitung von Gerüchten in Deutschland noch durch die Geheimhaltungspolitik der Nationalsozialisten und die Unterdrückung der freien Meinungsäußerung verstärkt. Dies ist vor allem ablesbar an den intensiven Bemühungen des Regimes, den Genozid an den europäischen Juden sowie die Kriegsverbrechen in Osteuropa vor der eigenen Bevölkerung zu verheimlichen. Zwar hat diese Geheimhaltungspolitik in der Zeit nach Kriegsende die Bemühungen um Exkulpation in weiten Kreisen der deutschen Bevölkerung gefördert, doch waren Gerüchte um die NS-Verbrechen auch »im Reich« weit verbreitet, wenn auch kaum zu verifizieren.²⁶ Neben den Gerüchten über den Kriegsverlauf und die Ausweitung des Bombenkrieges bezeugten und verstärkten Gerüchte über Kriegsverbrechen und Genozid seit 1942 die Verunsicherung unter der Bevölkerung, die Ungewissheit über das eigene Schicksal und die gedrückte und pessimistische Stimmung, die von der NS-Diktatur als Defätismus propagandistisch bekämpft wurde.

Dass die Nationalsozialisten nicht nur die Verbreitung von Gerüchten als gefährlich ansahen, sondern zugleich die Stimmungslagen der Bevölkerung zu ergründen versuchten, zeigen die von Heinz Boberach herausgegebenen 17 Bände der »Meldungen aus dem Reich«, in denen der Sicherheitsdienst der SS zwischen 1938 und 1944 über die innere Lage der deutschen Gesellschaft im Krieg Bericht erstattete.²⁷ Aus den Meldungen, die unter dem Punkt »Allgemeine Stimmung und Lage« zusammengefasst

25 Zum Motiv der Erntevernichtung durch Schadenzauber vgl. Gudrun Schwibbe, Art. Schadenzauber, in: Enzyklopädie des Märchens, hg. v. Rolf Wilhelm Brednich, Bd. 11, Berlin/New York 2004, Sp. 1173–1179, hier Sp. 1175. Die Kriegogerüchte über den Käferabwurf wurden 1950 in der DDR aufgenommen, als man nach dem massenhaften Auftreten des Käfers propagandistisch vom Abwurf von »Amikäfern« sprach. Vgl. Keil/Kellerhoff, Gerüchte (wie Anm. 6), S. 135–158; Miste, Kriegogerüchte (wie Anm. 22), S. 149; Bergander, Vom Gerücht zur Legende (wie Anm. 22), S. 596 f.

26 Vgl. hierzu Karl-Heinz Reuband, Gerüchte und Kenntnisse vom Holocaust vor Ende des Krieges. Eine Bestandsaufnahme auf der Basis von Bevölkerungsumfragen, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 9 (2000), S. 196–223; sowie umfassend Bernward Dörner, Die Deutschen und der Holocaust. Was niemand wissen wollte, aber jeder wissen konnte, Berlin 2007.

27 Heinz Boberach (Hg.), Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS, 17 Bde., Herrsching 1984. Vgl. auch die Analyse von Marlis Steinert, Hitlers Krieg und die Deutschen. Stimmung und Haltung der deutschen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg, Düsseldorf/Wien 1970, sowie die Auswertung für Bayern bei Elke Fröhlich, Stimmung und Verhalten der Bevölkerung unter den Bedingungen des Krieges, in: Martin Broszat u. a. (Hg.), Bayern in

wurden, war ablesbar, dass von einer verbreiteten Kriegsbegeisterung nicht die Rede sein konnte und spätestens seit Ende 1942 die Erwartung eines Sieges schwand.²⁸ Die negativen Gegenwartserfahrungen und Zukunftserwartungen von weiten Teilen der Bevölkerung drückten sich in pessimistischen Meinungsäußerungen ebenso aus wie in Gerüchten, die die Hoffnungslosigkeit der Situation zum Ausdruck brachten.²⁹ Ähnlich wie in den USA wurde die Verbreitung ›defätistischer‹ Gerüchte als politische und militärische Gefahr angesehen, sodass ihre Urheber unschädlich zu machen seien. Schon im Sommer 1941 hieß es seitens des Sicherheitsdienstes der SS: »Dabei muss [...] unter allen Umständen versucht werden, den Weg des Gerüchts zurückzuverfolgen. Personen, denen das Gerücht bekannt ist, sind zu befragen, von wem sie diese Nachrichten erfahren haben; die dabei in Erfahrung gebrachten Mittelspersonen sind wieder zu befragen u. s. f.«³⁰ Die Tatsache, dass die Nationalsozialisten jeden Gedanken einer Alternative zum »totalen Krieg« als Hochverrat betrachteten, steigerte das verbreitete Gefühl der Hoffnungslosigkeit nicht selten zur Erwartung des Untergangs oder anderer apokalyptischer Szenarien. Von daher kann man für die letzten eineinhalb Kriegsjahre von einer ›Endzeitstimmung‹ nicht nur in Bezug auf die militärische Lage sprechen. Diese kulminierte in den letzten Wochen des Krieges, was sich u. a. in einer gesteigerten Zahl von Selbstmorden unter der Zivilbevölkerung ausdrückte.³¹

Mit der Kapitulation am 8. Mai 1945 endete zwar der Krieg, doch änderten sich die allgemeinen Stimmungslagen keineswegs. Hierfür war ein ganzes Bündel von Ursachen verantwortlich: Die verbreitete materielle Not und die erheblichen Kriegszerstörungen erschwerten einen Neuanfang; die Ungewissheit über das weitere Schicksal Deutschlands unter den Besatzungsmächten ließ Befürchtungen über eine weitgehende und will-

der NS-Zeit, Bd. 1: Soziale Lage und politisches Verhalten der Bevölkerung im Spiegel vertraulicher Berichte, München 1977, S. 571–688.

28 Heinz Boberach, Einführung, in: Ders. (Hg.), *Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS*, Bd. 1, Herrsching 1984, S. 11–40, hier S. 24 f.

29 Vgl. ebd., S. 25. In diesem über Gerüchte zum Ausdruck gebrachten Pessimismus unterschied sich die Zivilbevölkerung nicht von Frontsoldaten. Vgl. Theodore Caplow, *Rumors in War*, in: *Social Forces* 25 (1947) H. 3, S. 298–302, hier S. 301. Die von Boberach angeführten insgesamt 2.740 Textstellen der »Meldungen aus dem Reich«, die sich mit Gerüchten befassen, stellen die Quellengrundlage der kommunikationswissenschaftlichen Studie von Franz Dröge, *Der zerredete Widerstand. Zur Soziologie und Publizistik des Gerüchts im 2. Weltkrieg*, Düsseldorf 1970, dar.

30 Rundschreiben Amt III, RSHA, v. 28. 8. 1941, zit. nach Carsten Schreiber, *Elite im Verborgenen. Ideologie und regionale Herrschaftspraxis des Sicherheitsdienstes der SS und seines Netzwerkes am Beispiel Sachsens*, München 2008, S. 154.

31 Ian Kershaw, *The End. Hitler's Germany, 1944–45*, London 2011, S. 355 f.; Christian Goeschel, *Suicide in Nazi Germany*, Oxford u. a. 2009, S. 149 ff.

kürliche Bestrafung der Bevölkerung aufkommen³²; die totale moralische Niederlage und die enormen psychischen Schäden ließen kaum Zukunftsoptimismus zu.³³ Nicht zuletzt waren es die massiven Umbrüche in der demografischen und sozialen Struktur der Bevölkerung, die zu erheblichen Verunsicherungen beitrugen: Millionen von Menschen waren getötet und zahlreiche Familien auseinander gerissen worden, Millionen von Menschen hatten ihre Heimat verlassen müssen, die Verluste an Eigentum und Produktionsmitteln waren enorm. Die fortdauernden Ohnmachtserfahrungen führten außerdem dazu, dass eine Verbesserung der Lage aus eigener Kraft kaum möglich schien. Die unmittelbare Vergangenheit drückte lähmend auf die Gegenwart, deren Probleme für den Einzelnen oftmals unlösbar waren, und fror sie gleichsam ein.³⁴ In dieser Situation der Angst, Orientierungslosigkeit und des täglichen Kampfes um Nahrung schien ein auf die Zukunft gerichtetes Handeln kaum möglich zu sein.

Umbruch unter kommunistischen Vorzeichen

Während in den westlichen Besatzungszonen die Alliierten eine Rekonstruktion von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft unter demokratischen und kapitalistischen Vorzeichen anstrebten, verfolgte die Besatzungsmacht in der Sowjetischen Besatzungszone zwei miteinander zusammenhängende Hauptziele: einerseits die Erzwingung von Wiedergutmachungsleistungen und Reparationen, andererseits die Übernahme und Monopolisierung der politischen Herrschaft in kommunistischer Hand. Der Neuanfang nach 1945 in Ostdeutschland bestand demnach in einem radikalen Neuaufbau.³⁵ Für die Bevölkerung bedeutete dies eine Vertiefung von Unsicherheit und damit eine Fortführung der negativen Stimmungslage. Der Anspruch der kommunistischen Machthaber, eine »antifaschistisch-demokratische Umwälzung« zu initiieren, die sowohl

32 Zur den verbreiteten Rachegedanken und den tatsächlichen Racheakten in der Nachkriegszeit vgl. Tony Judt, *Postwar. A History of Europa since 1945*, London 2005, S. 41 ff.

33 Vgl. Anne Applebaum, *Iron Curtain. The Crushing of Eastern Europe 1944–56*, London 2012, S. 13 ff.

34 Hans Ulrich Gumbrecht hat die unmittelbare Nachkriegszeit mit dem Begriff der »Latenz« in Verbindung gebracht und damit den Versuch unternommen, eine Zeitstimmung der Richtungs- und Orientierungslosigkeit sowie der Verdrängung der intensiven Kriegserfahrungen einzufangen. Vgl. Hans Ulrich Gumbrecht, *Nach 1945. Latenz als Ursprung der Gegenwart*, Frankfurt a. M. 2012.

35 Vgl. Hermann Weber, *Geschichte der DDR*, München 2000, S. 19 ff.; Judt, *Postwar* (wie Anm. 32), S. 122 f. u. 129 ff. Auf die radikale Programmatik der Kommunisten verweist etwa der Titel von Stefan Doernberg, *Die Geburt eines neuen Deutschland, 1945–1949. Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung und die Entstehung der DDR*, Berlin (Ost) 1959.

die Eigentumsverhältnisse wie auch persönliche Freiheitsrechte berührte, transformierte bestehende Verhältnisse grundlegend und beseitigte nicht nur die Grundlagen der NS-Herrschaft, sondern sollte nach der »Übergangsetappe« einer antifaschistischen Demokratie die perspektivische Einführung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung ermöglichen.³⁶ Die Entwicklung der unmittelbaren Nachkriegsjahre wurde dabei massiv durch den Zustrom von mehreren Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen bestimmt, die es in die neue Gesellschaftsordnung zu integrieren galt.

Als eine »enorme Integrationsleistung« hat Hans-Ulrich Wehler rückblickend die Aufnahme der Flüchtlinge und Vertriebenen nach 1945 in Westdeutschland gewürdigt.³⁷ Bei der Analyse und Bewertung dieses komplexen Prozesses darf indes nicht vergessen werden, wie widersprüchlich und schmerzhaft er für die Zeitgenossen erschien. Für die SBZ/DDR gilt zudem, dass im Vergleich zu Westdeutschland eine – gemessen am Anteil der Bevölkerung – relativ größere Zahl von Flüchtlingen und Vertriebenen aufgenommen wurde. Mehr als 4 Millionen Menschen, über lange Jahre von der Geschichtsschreibung so gut wie unbeachtet geblieben³⁸, kamen nach 1945 in die SBZ/DDR und stellten damit etwa ein Viertel der Gesamtbevölkerung. Allein das Land Sachsen nahm bis Ende 1948 rund eine Million Menschen auf, was einem Bevölkerungszuwachs von etwa 21 Prozent innerhalb von nur etwa vier Jahren entsprach.³⁹ Ihre Aufnahme, Versorgung und gesellschaftliche Integration stellte für die Länder der SBZ/DDR eine der größten Herausforderungen in der Nachkriegszeit dar.⁴⁰ Diese Aufgabe bedeutete aber keineswegs ein rein materielles Problem: Heimatverlust und Entwurzelung sowie die

36 Ebd., S. 25. Vgl. auch die Übersicht bei Norman M. Naimark, *Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949*, Berlin 1997, besonders S. 17 ff. u. 181 ff.

37 »Enorme Integrationsleistung«. Historiker sieht die Aufnahme von acht Millionen Vertriebenen in Westdeutschland als großen Erfolg (Interview mit Hans-Ulrich Wehler v. 5.8.2010), Deutschlandradio Kultur online, <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/thema/1241441/>, Abruf v. 17.1.2013.

38 Vgl. Gerhard Christopeit, *Verschwiegene vier Millionen. Heimatvertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR*, in: *Jahrbuch für deutsche und osteuropäische Volkskunde* 38 (1995), S. 222–251.

39 Die Angaben nach Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden (im Folgenden: HStA Dresden), 11377 Landesregierung Sachsen, Ministerium des Innern, Nr. 3001: Umsiedlerstatistiken, 1947–48: Tabelle über die Bevölkerungszahl in den Landkreisen und die Zahl der dort befindlichen Umsiedler, HA Umsiedler, Min. f. Arbeit u. Sozialfürsorge, Stand 30.11.1948, o. S. Der Frauenanteil lag bei 59 Prozent. Die weitaus meisten »Umsiedler« kamen aus den ehemaligen deutschen bzw. deutsch besiedelten Gebieten in Polen (76,8%), der Tschechoslowakei (13,2%) und der UdSSR (5,4%). Zur Ankunft der Flüchtlinge und Vertriebenen in Sachsen vgl. Nörker Schrammek, *Alltag und Selbstbild von Flüchtlingen und Vertriebenen in Sachsen 1945–1952*, Frankfurt a. M. 2004, S. 47 ff.

40 Vgl. Michael Schwartz, *Vertriebene und »Umsiedlerpolitik«*. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945–1961, München 2004, S. 47 ff.

oftmals leidvollen Umstände von Flucht und Vertreibung hinterließen tiefe Spuren in der Psyche von Flüchtlingen und Vertriebenen und nicht zuletzt eine starke Verunsicherung bezüglich der Zukunft. Unabhängig von den konkreten materiellen Umständen und den politischen Integrationsmaßnahmen wirkte das Trauma von Vertreibung und Heimatverlust für viele Menschen belastend.⁴¹

Die kommunistischen Machthaber sahen im Zustrom mehrerer Millionen Menschen hauptsächlich ein gewaltiges materielles und politisches Problem. Für den Neuaufbau war es vor allem notwendig, soziale, kulturelle und religiöse Verwerfungen, die durch die Vertreibung zu befürchten waren, zu vermeiden. Hierzu errichteten die von der sowjetischen Besatzungsmacht eingesetzten Landesregierungen eine Anzahl von »Umsiedlerbehörden« auf Landes-, Kreis- und Gemeindeebene, die mittels eines »strikten Assimilationskonzeptes« für eine schnellstmögliche Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen sorgen sollten.⁴² Eine Selbstorganisation der Neuankömmlinge wurde dagegen unterbunden, vor allem aus der politischen Überlegung heraus, eine mögliche Plattform für antikommunistische und antisowjetische Strömungen zu verhindern.⁴³ Nicht zuletzt strebten die sowjetische Militäradministration und die KPD danach, den Vertriebenen eine neue Heimat in der Kommunistischen Partei zu geben.

Konzentrierte sich die politische Behandlung der Flüchtlings- und Vertriebenenfrage somit auf rechtliche Gleichstellung, politische Einbindung und materielle Unterstützung, so waren die Landesbehörden doch zugleich dazu angehalten, differenzierte und wiederholte Beobachtungen von »Umsiedlern« durchzuführen. Diese Kontrollen maßen den Erfolg der materiellen Unterstützung, dienten jedoch auch der politischen Überwachung. Sie spiegelten ein grundlegendes Misstrauen gegenüber den »Umsiedlern« und ihren politischen Vorstellungen. Da es für die Staatsmacht von zentraler Bedeutung war, das Unruhepotenzial der Vertreibungsvorgänge unter Kontrolle zu halten und widerständige Tendenzen sofort zu unterbinden, wurde beträchtliche Energie dafür aufgewandt, die »Stimmung« unter den »Umsiedlern« zu ermitteln und dabei

41 Vgl. Andreas Kossert, *Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945*, München 2008, S. 327 ff.

42 Heike Amos, *Die Vertriebenenpolitik der SED 1949 bis 1990*, München 2009, S. 9. Die Verwendung des Begriffes »Umsiedler« sollte im Sinne dieses Assimilationskonzeptes dazu führen, dass die Flüchtlinge und Vertriebenen »ihr landsmannschaftliches Herkunfts- und ihr kriegsfolgenbedingtes Opfergruppen-Bewusstsein möglichst rasch ablegten.« Michael Schwartz, *Tabu und Erinnerung. Zur Vertriebenen-Problematik in Politik und literarischer Öffentlichkeit der DDR*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 51 (2003) H. 1, S. 85–101, hier S. 87.

43 Philipp Ther, *Deutsche und polnische Vertriebene. Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in SBZ/DDR und in Polen 1945–1956*, Göttingen 1998, S. 235 f.; Schwartz, *Vertriebene und »Umsiedlerpolitik«* (wie Anm. 40), S. 413 ff.

auch bis in die entlegensten Dörfer auszugreifen. In Sachsen ergab sich dieses Aufgabenfeld der Behörden nicht zuletzt aus der langen gemeinsamen Grenze mit Polen und der ČSR. In einer durch materielle Devastierung, politische Unsicherheit und soziale Umbrüche gekennzeichneten Zeit fanden die für die Kriegszeit so bedeutenden »Meldungen aus dem Reich« damit gewissermaßen eine Fortsetzung – nicht durch (repräsentative) Befragungen, sondern durch behördliche und polizeiliche Erhebungen.⁴⁴

Die »Stimmung unter den Umsiedlern« in Sachsen

Im Land Sachsen wurden die Stimmungsberichte durch die Hauptabteilung (HA) Umsiedler der Landesregierung eingeholt, die hierzu genormte Fragebögen an die Stadt- und Kreisbehörden in Sachsen versandte.⁴⁵ Die Antworten fielen uneinheitlich aus; es ist jedoch zu erkennen, dass in allen Kreisen mit einer größeren Zahl von Vertriebenen ähnliche Stimmungen ausgemacht wurden. Der zentrale Punkt der Berichte war dabei stets der Wunsch der Umsiedler nach Rückkehr in ihre Herkunftsgebiete. Die Stimmung unter den Umsiedlern war generell durch Verunsicherungen gekennzeichnet und blieb distanziert gegenüber den neuen Entwicklungen. In einer Umfrage der HA Umsiedler im Kreis Bautzen im Mai 1947 machte sich die Landesregierung hiervon ein plastisches Bild. Auf die Frage »Welche Stimmung herrscht unter den Umsiedlern?« lauteten die stichwortartigen Antworten etwa:

- »Sie haben alle – ohne Ausnahme – das Verlangen nach ihrer Heimat« (Burkau),
- »Sehnsucht nach ihrer ursprünglichen Heimat« (Neudorf/Spree),
- »Die Umsiedler aus Stadt Bautzen wollen alle zurück in ihre Heimat« (Stadt Bautzen),

44 Selbstverständlich bestehen deutliche Unterschiede zwischen den besagten Stimmungsberichten und den »Meldungen«: Im Unterschied zu den Stimmungsberichten der Nachkriegszeit wurden Letztere durch Spitzel des SD der SS zusammengetragen, waren als streng geheim klassifiziert und kamen nur sehr wenigen Funktionsträgern der NS-Herrschaft zu Gesicht. Vgl. Boberach, Einführung (wie Anm. 28), S. 18 f. Auch war es der Bevölkerung zumindest in den unmittelbaren Nachkriegsjahren im Unterschied zur NS-Zeit noch möglich, mehr oder weniger offene Kritik an Lebens- und Arbeitsbedingungen zu äußern. Dennoch war das Ziel, ein durch staatliche Informanten erhobenes Stimmungsbild unter der Bevölkerung oder bestimmten Bevölkerungsgruppen zu erhalten, identisch.

45 Zu Aufbau, Rolle und Funktion der Umsiedlerbehörden in Sachsen vgl. Irina Schwab, Flüchtlinge und Vertriebene in Sachsen 1945–1952. Die Rolle der Kreis- und Stadtverwaltungen bei Aufnahme und Integration, Frankfurt a. M. u. a. 2001, S. 81 ff.

- »Ein grosser Teil der Umsiedler hängt immer noch an dem Glauben, in ihre Heimat zurückkehren zu können. Diese Tatsache beweist, dass sie sich mit ihrem Los nicht abfinden, und somit auch nicht am politischen Leben teilnehmen.« (Auritz),
- »Unter den Umsiedlern herrscht infolge starkem Mangel an Kleidung und Möbeln gedrückte Stimmung.« (Commerau),
- »Die Stimmung ist mies; die Umsiedler wollen alle nach Hause.« (Dubrauke),
- »Vornehmlich die Umsiedler aus Schlesien schwelgen noch in der Hoffnung, daß sie in ihre alte Heimat wieder zurück können. Das Zusammenleben mit der alteingesessenen Bevölkerung ist z.T. harmonisch, mitunter werden aber auch Klagen in Bezug auf die Behandlung der Neusiedler durch die Altansässigen laut, die aber auch wiederum auf Unverständigkeit und Unvernunft der Umsiedler zurückzuführen sind.« (Kirschau),
- »Die Stimmung unter den Umsiedlern ist zum grössten Teil nicht gut. Sie können in keiner Weise wunschgemäss befriedigt werden, sei es in Bezug auf Bezugscheine, in Bezug auf Brennmaterial usw. und sie sind oft sehr ungehalten.« (Steinigtwolmsdorf),
- »Die Stimmung ist nicht so wie sie sein soll, da es noch an vielen [sic] mangelt, was zur Zeit nicht gegeben werden kann.« (Nechern/Wurschen).⁴⁶

Kein halbes Jahr später berichtete der Kreis Bautzen im Oktober 1947, der Wunsch nach Rückkehr in die alte Heimat sei »unter den Neubuergern in immer größer werdenden [sic] Maße vorhanden.«⁴⁷ Es zeichnete sich demnach ab, dass trotz zunehmender zeitlicher Distanz zu den Vertreibungsgeschehnissen ein Vergessen der alten Heimat keineswegs erfolgen würde. Daneben drückten die materielle Not und die katastrophale Wohnsituation in Sachsen die Stimmung deutlich. Noch im Frühjahr 1948 stellte die HA Umsiedler ernüchtert fest: »Durch die vorhandenen Notstände unter den Umsiedlern in Bezug [auf] nicht ausreichendem [sic] Wohnraum, das Fehlen von Öfen, Mobiliar, vor allem Betten, Hausrat und Bekleidung aller Art, Schuhwerk, Heizungsmaterial usw. ist die Stimmung der Umsiedler nicht die Beste. Noch wohnt der grösste Teil der Umsiedler als Untermieter und steht deshalb sehr oft in Differenzen

46 HStA Dresden, 11410 Kreistag/Kreisrat Bautzen, Nr. 889: Statistische Angaben über die Ansiedlung von Umsiedlern in den Städten und Gemeinden, 1947: Fragebogen zu Ansiedlern in den Städten und Gemeinden des Kreises Bautzen durch die Hauptabteilung Umsiedler der LRS über den Kreisrat Bautzen v. 17. 5. 1947, o. S.

47 HStA Dresden, 11410 Kreistag/Kreisrat Bautzen, Nr. 893: Betreuung von Umsiedlern, 1947–48: Meldung des Landkr. Bautzen auf die Rundverfügung Nr. 79/47 des Min. f. Arbeit und Sozialfürsorge, HA Umsiedler, v. 16. 10. 1947, o. S.

mit dem Hauptmieter. Eine materielle Hilfe ist nur noch durch Sammlung der Volkssolidarität möglich und steht in keinem Verhältnis mehr zum Umfange der Notlage. Deshalb ist ein grosser Teil der Umsiedler ohne ein eigenes Bett und nächtigt auf dem blanken Fussboden. Das Verhältnis der Umsiedler zur Kernbevölkerung hat sich noch keineswegs ausreichend verbessert. Nachweisbar fühlen sie sich als benachteiligt und zurückgesetzt. Die Arbeitsfreude ist nur bei einem sehr geringen Teil feststellbar. [...] Die Mittel finanzieller sowie auch materieller Art sind keineswegs mehr ausreichend, um aus ihnen einen zufriedenen Menschen zu machen und das neue Heimatgefühl zu geben.«⁴⁸ Und in seinem Jahresbericht 1948 berichtete der Kreisrat Bautzen: »Die Stimmung ist verschieden. Ein großer Teil sieht die politischen Ereignisse so an, wie sie tatsächlich sind und versucht, an dem Aufbau tatkräftig mitzuhelfen. Es gibt aber auch solche Personen, die im Fahrwasser der Reaktion schwimmen, die vielleicht öffentlich mit ihrer Meinung zurückhalten, aber im Geheimen wühlen.«⁴⁹

Wie die Stimmungsberichte aus den Gemeinden und Kreisen erkennen lassen, konnte von einer Zufriedenheit der »Umsiedler« oder gar einer Begeisterung für den Neuaufbau unter kommunistischen Bedingungen nicht die Rede sein. Die mangelnde Zuversicht und die Hoffnung auf eine plötzliche Umkehrung der politischen Verhältnisse wurden von den Landesbehörden als negative Stimmungsäußerungen feindlicher Einstellungen interpretiert. Nicht zuletzt aus diesem Grund versuchte man in der Hauptabteilung Umsiedler auch, stimmungsmäßige Unterschiede zwischen »Umsiedlern« verschiedener Herkunft zu deuten. Laut eines Berichtes vom Juli 1947 an die Sowjetische Militäradministration in Sachsen (SMAS) ließen sich verschiedene Mentalitäten ausmachen: »Die Ostpreussen bewahren ihre Ruhe, Sauberkeit, Lauterkeit (und Ehrlichkeit) u. werden von den Altbürgern recht gerne gesehen. Weniger die Sudeten-deutschen, welche illegal zu uns kommen und ebenfalls angesiedelt werden müssen, nachdem sie sehr anspruchsvoll sind und sehr auf ihre Rechte pochen. Sie sind wendig, jedoch oft falsch und berechnend. Schlesier sind fleissig und bieder, etwas sentimental und oft leicht erregbar, sehr heimatlieb u. stolz auf ihr Volkstum. Viele Reaktionäre werden in ihren Reihen zu finden sein. Ganz anders wiederum die Westevakuierten u.

48 HStA Dresden, 11377 Landesregierung Sachsen, Ministerium des Innern, Nr. 2750: Halbjahresbericht der Abteilung Umsiedler, 1948–49: »Quartals-Bericht vom 1. Januar 1948 bis 31. März 1948« der Landesregierung, HA Umsiedler, an die SMA Sachsen v. 2. 4. 1948 betr. Situation und Probleme der Umsiedler, o. S. Vgl. auch HStA Dresden, 11377 Landesregierung Sachsen, Ministerium des Innern, Nr. 2751: Jahresberichte der Hauptabteilung Umsiedler 1948 und 1949, 1948–50: Jahresbericht 1948, Rubrik »Stimmung der Umsiedler in den Ansiedlungsorten«, fol. 34.

49 HStA Dresden, 11377 Landesregierung Sachsen, Ministerium des Innern, Nr. 3024: Heimkehrer und Umsiedler, 1948–49: Jahresbericht 1948 des Kreisrates Bautzen an das Min. f. Arbeit u. Sozialfürsorge v. 13. 12. 1948, o. S.

Rücksiedler aus dem Westen. Dieselben kommen in den meisten Fällen gut genährt und auch gut gekleidet und stellen grosse Ansprüche. [...] Die Westevakuierten bringen die schlechtesten Vorstellungen über unsere Zone mit.«⁵⁰ Dieser Bericht zeigt in charakteristischer Weise das Misstrauen und die Vorbehalte, die man seitens der Behörden den »Umsiedlern« entgegenbrachte. Die »Heimatliebe« der Vertriebenen wurde im günstigsten Fall als naiv, im schlechtesten Fall als verschlagen und reaktionär abgestempelt.

Spiegelten die Stimmungsberichte sehr deutlich das Spannungsverhältnis zwischen Behörden und »Umsiedlern« sowie die implizite oder explizite Erwartung seitens der Flüchtlinge und Vertriebenen, eine Veränderung der politischen Verhältnisse zu ihren Gunsten sei jederzeit möglich, so hofften die kommunistischen Machthaber darauf, dass sich im Laufe der Jahre das Problem des Heimatverlustes von selbst erledigen werde. Mit der materiellen Hilfestellung und gesellschaftlichen Eingliederung werde den Vertriebenen eine neue Heimat geschaffen und auf diesem Fundament auch eine positivere Einstellung zu den neuen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen möglich. Die Hoffnung, der Wunsch nach Rückkehr werde sich im Laufe der Zeit von selbst geben, erfüllte sich jedoch nicht: Auch Jahre nach der Vertreibung blieb er lebendig. Noch im Jahresbericht 1949 der HA Umsiedler hieß es: »Es muss aber alles getan werden, damit die Umsiedler, die sich teilweise immer wieder mit dem Gedanken tragen, eines Tages in ihre alte Heimat zurückzukehren, wirklich in der DDR selbsthaft werden und tatkräftig am Aufbau ihrer neuen Heimat mithelfen können.«⁵¹ Der erhoffte »Gewöhnungseffekt« an die neue Heimat wollte sich nicht einstellen.

Besonders kritisch wurde die »Heimatsehnsucht« in den Grenzkreisen beäugt, da dortige Flüchtlinge und Vertriebene gelegentlich nur wenige Kilometer von der alten Heimat entfernt angesiedelt worden waren, diese aber unerreichbar blieb. Die »Umsiedler« tendierten nicht selten dazu, die neue Heimat als Provisorium anzusehen.⁵² Bezeichnend sind etwa folgende Beispiele aus einem Stimmungsbericht der HA Umsiedler an die Sowjetische Kontrollkommission vom Juli 1950: »Der CDU-Vorsitzende der Gemeinde Steinbach/Kreis Niesky [...] äußerte beispielsweise »Unsere Heimat vergessen wir nicht, nie werden wir die Hoffnung aufgeben, wieder zurückzukommen.«

50 HStA Dresden, 11377 Landesregierung Sachsen, Ministerium des Innern, Nr. 2741: Umsiedlerangelegenheiten, 1947: »Bericht zu Punkt IX zum Befehl Nr. 22/09 v. 23. 7. 47« der HA Umsiedler an die SMAS betr. »Stimmung der Umsiedler und charakteristische Meinung (Reden, Gespräche)«, fol. 54.

51 HStA Dresden, 11377 Landesregierung Sachsen, Ministerium des Innern, Nr. 2751: Jahresberichte der Hauptabteilung Umsiedler 1948 und 1949, 1948–50: Jahresbericht 1949, Rubrik »Lage und Stimmung der Umsiedler in den Ansiedlungsorten«, fol. 21–22.

52 Vgl. HStA Dresden, 11377 Landesregierung Sachsen, Ministerium des Innern, Nr. 2746: Berichte über die Lage der Umsiedler im Land Sachsen, 1950: »Bericht über die Lage der Umsiedler im Land Sachsen« des sächsischen Innenministeriums, Abt. Umsiedler, an die SKK v. 30. 9. 1950, fol. 43–50.

Neubürger [XY⁵³] aus Oybin/Kreis Zittau ist der Meinung, daß es zwecklos sei, in der Republik seßhaft zu werden. Er lehnte es ab, eine ihm von der Gemeinde angebotene Bettstelle zu kaufen und sagte: ›Was soll ich mit dem Bett? Wie soll ich das Zeug zurück transportieren, wenn wir wieder über die Neiße gehen?‹ In der Gemeinde Oybin stehen heute noch Bettstellen auf Lager, die seinerzeit als erste Möbellieferung für Neubürger eintrafen. Die 70-jährige Neubürgerin [YZ⁵⁴] aus dem gleichen Ort kaufte sich vor kurzem von ihrer monatlichen Rente in Höhe von 50 DM einen Leiterwagen, um darauf ihren ›Kram‹ laden zu können, wenn es wieder zurückgeht.«⁵⁵ Wie sich hier erkennen lässt, war das Heraufbeschwören der ›alten Heimat‹ nicht einfach eine sentimentale Reminiszenz, sondern ein Leitgedanke für das Alltagshandeln zahlreicher Flüchtlinge und Vertriebenen. Auch kurzfristige Verbesserungen der materiellen Lage trugen daher kaum etwas dazu bei, den Rückkehrwunsch erlöschen zu lassen.

In den Grenzkreisen tendierten die Flüchtlinge und Vertriebenen auch dazu, sich informell zu treffen und über ihre gegenwärtige Lage und Zukunftserwartungen auszutauschen. In der südlichen Oberlausitz, etwa in den Gemeinden Steinigtwolmsdorf und Neukirch, fanden über Jahre hinweg heimliche Vertriebenenentreffen statt, auf denen auch der Informationsaustausch über die ›alte Heimat‹ gepflegt wurde. Die Vertriebenen trafen sich privat oder in Gaststätten in Grenznähe, ein Verhalten, dass von Seiten der SED deutlich missbilligt wurde. Bezeichnend ist ein Informationsbericht des Bürgermeisters von Neukirch an die SED-Kreisleitung vom 23. April 1947, in dem es über die Vertriebenen am Ort heißt: »Manche Verfehlungen, die sich Umsiedler zuschulde kommen ließen, haben den Eindruck entstehen lassen, dass man es bei den Umsiedlern mit unzuverlässigen Leuten zu tun hätte. Gegen diese falsche Einstellung gilt es ebenfalls Stellung zu nehmen, wie allerdings darauf aufmerksam zu machen ist, dass auch die Umsiedler sich entsprechend einstellen müssen. Besonders muss aber von politischer Seite her Stellung genommen werden, um bei den Umsiedlern eine positive Haltung zu erzielen, die immer wieder gestört wird, wenn man die Grenzfrage in den Vordergrund stellt. Es ist bekannt, dass einige Umsiedler sich in regelmässigen Abständen treffen und in einer Gastwirtschaft zwangslose Unterhaltung führen. Diese Angelegenheit wird von uns beobachtet und vorerst nicht gestört; aber wir müssen aufmerksam sein, damit hier nicht evtl. der Unruheherd entsteht, der den Zwiespalt zwischen Ortsansässigen und

53 Name anonymisiert.

54 Name anonymisiert.

55 HStA Dresden, 11377 Landesregierung Sachsen, Ministerium des Innern, Nr. 2746: Berichte über die Lage der Umsiedler im Land Sachsen, 1950: Schreiben des sächsischen Innenministeriums, Abt. Umsiedler, an die SKK betr. Lagebericht über Umsiedler v. 3. 7. 1950, fol. 37–42.

Umsiedlern nur noch erweitert.«⁵⁶ Nach Aufhebung der Sperrzone zur ČSR wurden im Frühjahr 1951 vermehrt illegale Grenzübertritte von Vertriebenen registriert, die ihre alten Heimorte besuchten.⁵⁷ Noch bis weit in die 1950er Jahre kam es zu Vertriebenenentreffen, die von der SED auf die revanchistischen Gelüste der Vertriebenen sowie den verderblichen Einfluss von Westpropaganda zurückgeführt wurden. Vergleichbar mit den (allerdings weitaus umfangreicheren) heimlichen Vertriebenenentreffen im Hallenser und Leipziger Zoo, die zwischen 1950 und 1967 jährlich stattfanden, wurden auch die grenznahen Treffen in der Oberlausitz von der Stasi überwacht.⁵⁸

Leben mit und von Gerüchten

In engem Zusammenhang mit der allgemeinen Stimmung unter den »Umsiedlern« in den ersten Nachkriegsjahren standen die weit verbreiteten und rasch aufeinander folgenden Gerüchte. Diese fanden auch nach Kriegsende und angesichts einer zunächst offenen politischen Lage weite Verbreitung. Der sich rasch ausweitende Propagandakrieg zwischen Ost und West trug – auch vor dem Hintergrund der von der Bevölkerung erfahrenen Massentäuschung durch die NS-Propaganda – wesentlich dazu bei, dass Medien wie den Tageszeitungen und dem Radio misstrauisch begegnet wurde.⁵⁹ Das Hörensagen blieb daher eine wichtige Nachrichtenquelle.

Wie von Polizei und Landratsämtern in Sachsen genau beobachtet, waren vor allem besondere politische Ereignisse Anlass für Gerüchte. Die Kreispolizeiamter waren gehalten, regelmäßige Berichte an das sächsische Innenministerium zu liefern, was darauf hinweist, wie ernst die politische Führung den Einfluss von Gerüchten auf die Stimmung der Bevölkerung nahm. Inhalt der Gerüchte konnten, abhängig von der politischen Situation, etwa eine bevorstehende Geldentwertung bzw. Währungsreform, der Ausbruch neuer

⁵⁶ HStA Dresden, 13001 SED-Kreisleitung Bautzen, Nr. IV/4, OI. 180: Umsiedlerfragen, 1947–49: Bericht des Bürgermeisters von Neukirch an die SED-Kreisleitung Bautzen v. 23. 4. 1947 betr. mangelnde Integration von Umsiedlern in der Gemeinde, o. S.

⁵⁷ HStA Dresden, 11410 Kreistag/Kreisrat Bautzen, Nr. 243: Berichte und Informationen des Amtes für Informationen über die politische, wirtschaftliche und kulturelle Situation in den Gemeinden, April–Dez. 1951: »Informationsbericht Nr. 55/51 – Schlechte Diskussion der Umsiedler in Steinigtwolmsdorf« des Kreisbeauftragten des Amtes f. Information v. 27. 4. 1951, fol. 42–43.

⁵⁸ Vgl. z. B. Ministerium für Staatssicherheit, Bezirksverwaltung Dresden, Kreisdirektion Bischofswerda, Nr. 51574: Sachstandsberichte betr. Treffen ehemaliger Umsiedler aus der ČSR in Neukirch v. 18. 2. 1957 u. 8. 4. 1957. Siehe auch Amos, Vertriebenenpolitik (wie Anm. 42), S. 32–42.

⁵⁹ Vgl. hierzu die Beiträge in Dieter Vorsteher (Hg.), Deutschland im Kalten Krieg 1945–1963. Eine Ausstellung des Deutschen Historischen Museums, 28. August bis 24. November 1992, Berlin 1992.

Kriegshandlungen, Nahrungsmittelengpässe, heimliche Beschlagnahmungen der sowjetischen Besatzungsmacht oder auch Steuererhöhungen sein.⁶⁰ Politische Verhandlungen zwischen den Alliierten über die Nachkriegsordnung waren stets Auslöser für Gerüchte, so etwa die Londoner Außenministerkonferenz vom 25. November bis 15. Dezember 1947, deren Scheitern das vorläufige Ende der deutschen Einheit und eine Verhärtung der Fronten zwischen Ost und West bedeutete.⁶¹ Insbesondere die »Umsiedler«, deren weiteres Schicksal maßgeblich von den politischen und diplomatischen Entwicklungen der Zeit abhing, waren in hohem Maß Träger und Zielgruppe von Gerüchten. So kam es oft vor, dass der verbreitete Wunsch nach Rückkehr in die »alte Heimat« gerücheweise als schon beschlossene Tatsache gedeutet wurde. Aufschlussreich ist etwa ein Bericht des Kreisrates Bautzen an das sächsische Innenministerium vom Jahresanfang 1948: »Die reaktionären Kräfte haben die Entmutigung weiter Bevölkerungskreise [nach Abbruch der Londoner Konferenz, SF] wahrgenommen und stärkste Propaganda entwickelt, daß ein Krieg unausbleiblich ist und daß dann die verantwortlichen Personen zum Teufel gejagt würden. Wie weit diese Propaganda unter der Bevölkerung, insbesondere unter den Umsiedlern, Platz gegriffen hat, ist schon daraus ersichtlich, daß in den Sitzungen der Entnazifizierungskommission sehr selten belastende Zeugen, aus Furcht, sie könnten einmal, wenn es anders kommen sollte, dafür verantwortlich gemacht werden, auftreten. Unter den Umsiedlern ist besonders das Gerücht verbreitet, daß es nun nicht mehr lange dauern wird, daß sie nach Schlesien werden zurückkehren dürfen.«⁶²

In einigen sächsischen Regionen, so vor allem in den Grenzgebieten, bestanden besonders günstige Bedingungen für die Verbreitung von Gerüchten. Das gilt etwa für den Kreis Bautzen und darüber hinaus die Oberlausitz insgesamt. Verantwortlich hierfür waren nicht allein die Grenznähe und die periphere Lage im Land Sachsen, sondern auch die doppelte, deutsch-sorbische Identität der Region. Letztere war unter

60 Reparationen und Beschlagnahmungen durch die Rote Armee erfolgten in den befreiten Gebieten bereits seit 1943; auch Nahrungsmittel wurden von den sowjetischen Besatzern in großem Umfang konfisziert. Applebaum, *Iron Curtain* (wie Anm. 33), S. 37. Vgl. auch Volker Koop, *Besetzt. Sowjetische Besatzungspolitik in Deutschland*, Berlin 2008, S. 77 ff.

61 Zur Außenministerkonferenz 1947 vgl. Jutta Gröschl, *Die Deutschlandpolitik der vier Grossmächte in der Berichterstattung der deutschen Wochenschaun 1945–1949*, Berlin/New York 1997, S. 210 f.; Wolfgang Benz, *Die Bundesrepublik im Kalten Krieg*, in: Vorsteher, *Deutschland* (wie Anm. 59), S. 51–68, hier S. 60.

62 HStA Dresden, 11377 Landesregierung Sachsen, Ministerium des Innern, Nr. 2112: Tätigkeitsberichte der Landräte von Annaberg, Aue, Bautzen, Borna, Chemnitz, Dippoldiswalde, Döbeln, Dresden, Flöha, Grimma, Großenhain, Hoyerswerda, Kamenz, Leipzig, Marienberg, Niesky, Oelsnitz, Pirna, Rochlitz, Stollberg, Zittau und Zwickau, Nov. 1947–Jan. 1948: »Bericht des Landrates Bautzen über die wichtigsten Ereignisse des Kreises Bautzen im Monat Dezember 1947« des Sekretariats des Kreisrates Bautzen an das MdI v. 12. I. 1948, fol. 116–122.

den Nationalsozialisten unter erheblichen Verfolgungsdruck geraten (Verbot sorbischer Institutionen und Vereine sowie des Gebrauchs der sorbischen Sprache)⁶³ und schien in den Nachkriegsjahren einer neuen Bedrohung durch die Ansiedlung von Zehntausenden deutschsprachiger Flüchtlinge und Vertriebenen zu unterliegen.⁶⁴ Vor dem Hintergrund der spezifischen ethnischen Situation der Oberlausitz, der gemeinsamen slawischen Identität von Tschechen und Sorben sowie der bereits erfolgten massiven Grenzverschiebungen verbreiteten sich bereits unmittelbar nach Kriegsende Gerüchte über eine Okkupation bzw. Gebietsabtretung der Lausitz durch bzw. an die Tschechoslowakei.⁶⁵ Dieser Punkt wurde auch in den folgenden Jahren immer wieder Gegenstand der Berichterstattung, so etwa im Juli 1946, als die Abtretung der Oberlausitz und die militärische Besetzung durch tschechoslowakische Truppen als »Hauptgerücht« im Kreis bezeichnet wurden.⁶⁶ In anderen Gerüchten war die Rede von einer Umsied-

63 Auch in den »Meldungen aus dem Reich« werden die Sorben erwähnt, wenn auch lediglich in einem einzigen Bericht unter dem Titel »Das Wendenproblem in der Niederlausitz«. Dort heißt es: »Die Volkszählung im Sommer des vorigen Jahres, bei der die Angaben über Muttersprache und Volkstumszugehörigkeit zugrunde gelegt wurden, ergab für die Wendischsprachigen im Niederlausitzer Gebiet die Zahl von insgesamt 3.484. Dieses Ergebnis entspricht jedoch nicht der tatsächlich bestehenden Zahl der Personen mit wendischer Muttersprache, die von Sachkennern auf ungefähr 20.000 geschätzt wird. (Insgesamt wird für die Wendischsprachigen in der Ober- und Niederlausitz eine Zahl von etwa 70.000 angenommen). Dieser beträchtliche Zahlenunterschied zwischen dem Volkszählungsergebnis und dem tatsächlichen Vorhandensein von Wendischsprechenden ist in der Tatsache begründet, daß sich der weitaus größte Teil der Abstimmenden aus politischen Gründen nicht mehr zum wendischen Volkstum bekennt. Nur eine verschwindend kleine Zahl von älteren Personen hält heute noch an einem wendischen Selbstständigkeitsgedanken fest. Die Allgemeinheit bekennt sich zum Deutschtum und zum Nationalsozialismus. [...] Ungeachtet der bereits betonten staatsbejahenden Einstellung der Niederlausitzer Wenden wird es daher von Sachkennern für unbedingt erforderlich gehalten, die wendische Sprache und Tracht ohne Zwang zum Absterben zu bringen.« Meldung Nr. 92 v. 30. 5. 1940, in: Boberach, *Meldungen aus dem Reich*, Bd. 4 (wie Anm. 27), S. 1195. Zur Bedeutung der Volkszählung von 1939 in diesem Zusammenhang vgl. Frank Förster, *Die nationalsozialistische Wendenzählung von 1939 und der Einfluss ihres Ergebnisses während des Zweiten Weltkriegs*, in: Edmund Pech (Hg.), *Zwischen Zwang und Beistand. Deutsche Politik gegenüber den Sorben vom Wiener Kongress bis zur Gegenwart*, Bautzen 2003, S. 73–101.

64 Zu Aufnahme und Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen in der Lausitz vgl. die volkswissenschaftliche Studie von Ines Keller, »Ich bin jetzt hier und das ist gut so«. Lebenswelten von Flüchtlingen und Vertriebenen in der Lausitz, Bautzen 2005, besonders S. 30 ff.

65 So berichtete bereits im November 1945 das Kreispolizeiamt Bautzen, es gebe Gerüchte über eine bevorstehende Gebietsabtretung der Lausitz an die Tschechoslowakei. HStA Dresden, 11410 Kreistag/Kreisrat Bautzen, Nr. 161: Wochenberichte der Kreispolizei Bautzen, 1945–46: »Polizeilicher Wochenbericht« der Kreispolizei des Kreises Bautzen an die LRS, Chef der Sächsischen Polizei, v. 11. 11. 1945, fol. 24–27.

66 HStA Dresden, 11410 Kreistag/Kreisrat Bautzen, Nr. 161: Wochenberichte der Kreispolizei Bautzen, 1945–46: »Polizeilicher Wochenbericht« der Kreispolizei des Kreises Bautzen an die LRS, Chef der Sächsischen Polizei, für die Woche 7. 7.–13. 7. 1946 v. 15. 7. 1946, fol. 102–104.

lung bzw. Bevölkerungsverschiebung innerhalb Sachsens. Noch Jahre später konnte dieses Gerücht eine gewisse Verbreitung erlangen, insbesondere in den grenznahen Gemeinden der südlichen Oberlausitz. So meldete das Kreisnachrichtenamt Bautzen am 5. September 1947 nicht nur die Gerüchte, dass an den Zonengrenzen Truppen zusammengezogen würden und dass es bei Zittau Schießereien zwischen deutscher Polizei und polnischem Militär gegeben habe, sondern auch das in Neukirch verbreitete Gerücht, dass die südliche Oberlausitz demnächst tschechisch werden würde.⁶⁷ Und noch im Sommer 1952 berichtete das Nachrichtenamt nach Dresden: »In den Grenzgemeinden Sohland (6887 Einw.) Wehrsdorf (2747 Einw.) Ringenhain (1267 Einw.) und Steinigtwolmsdorf (2727 Einw.) werden seit ca. 8 bis 14 Tagen die Gerüchte verbreitet, daß die drei letztgenannten Orte geräumt werden müssen und sorbische Bevölkerung angesiedelt wird. In der Grenzgemeinde Sohland wird erzählt, daß die Gemeinde vollkommen geräumt und eine tot[e] Zone geschaffen wird. Die Gerüchte sind stark in den VEB und Privatbetrieben der jeweiligen Gemeinden im Umlauf.«⁶⁸ Insbesondere in Ringenhain, nur wenige Kilometer von der Grenze entfernt, gab es große Unruhe wegen einer angeblich bevorstehenden Umsiedlung. In diesem Falle war der Bürgermeister selbst der Urheber des Gerüchts, da er folgenden Aushang publik machte:

»Achtung! Einwohner! Achtung!

Am Donnerstag, dem 26. 6. 1952, 20,30 Uhr findet im Erbgericht eine äußerst wichtige
Einwohnerversammlung statt.

Ein Vertreter des Kreises spricht über die Ansiedlung der Sorben hier in der Gegend
und die Aussiedlung der einheimischen Bevölkerung. Wir bitten, von jedem Haus-
halt einen Vertreter zu entsenden.

Der Rat der Gemeinde«

67 HStA Dresden, 11410 Kreistag/Kreisrat Bautzen, Nr. 241: Berichte und Informationen des Kreisnachrichtenamtes Bautzen (später Amt für Informationen) über die politische, wirtschaftliche und kulturelle Situation in den Gemeinden, 1947–50; Bericht des Kreisnachrichtenamtes Bautzen v. 5. 9. 1947, fol. 8–12. Die Kreisnachrichtenämter unterstanden dem Landesnachrichtenamt, das eine eigene Behörde im Innenministerium darstellte. Zweck der Nachrichtenämter war einerseits die Durchführung von Öffentlichkeitsarbeit, andererseits die Erhebung herrschaftsrelevanter Informationen unter der Bevölkerung. Vgl. Joachim Spors, Der Aufbau des Sicherheitsapparates in Sachsen 1945–1949. Die Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit unter den Bedingungen eines politischen Systemwechsels, Frankfurt a. M. 2003, S. 258 ff.

68 HStA Dresden, 11410 Kreistag/Kreisrat Bautzen, Nr. 244: Berichte und Informationen des Amtes für Informationen über die politische, wirtschaftliche und kulturelle Situation in den Gemeinden, 1952: Bericht des Rates des Landkreises, Amt f. Information, v. 25. 6. 1952 betr. Gerüchte in den Grenzgemeinden des Kreises Bautzen, fol. 155–156.

Die Folge war, wie der Bericht des Nachrichtenamtes ausführt, »daß die Arbeiter in den Betrieben zur Frühstückspause ihre Maschinen ausschalteten, sich die Aushänge betrachteten und heftige Diskussionen auslösten. Ein Teil der Bevölkerung von Ringenhain fuhren [sic] in die Nachbargemeinde Neukirch und holten ihre Angehörigen aus den Fabriken, mit der Bemerkung, bei uns wird geräumt. Die Menschen standen in Tümpeln [sic] auf der Straße und diskutierten.«⁶⁹

Wie die Berichte einzelner Polizeiposten zeigen, waren es vor allem die sorbischen Bevölkerungsteile, unter denen Gerüchte von der Räumung der Oberlausitz bzw. ihrem Anschluss an die Tschechoslowakei kursierten.⁷⁰ Dabei wurde vereinzelt auch ein innerer Zusammenhang der Vertreibung von Deutschen aus Schlesien und der angeblich geplanten Bevölkerungsverschiebung in der Oberlausitz hergestellt. Ende August 1947 berichtete der Polizeiposten Prischwitz: »Eine ganz grosse Frage ist die der Umsiedler. Immer hört man, wie können die Großmächte es zugeben, dass immer noch welche aus ihrer Heimat vertrieben werden da doch in Deutschland sowiso [sic] schon alles überfüllt ist, die Lebensmittel nicht zu langen und in den anderen Ländern wo die Deutschen ausgewiesen werden, alles umkommt. Besonders viel wird hier in der wendischen Gegend von einem Anschluß an die Zscheschei [sic] gesprochen wo dann die Sudetendeutschen die jetzt in dem Gebiet hier untergebracht wurden wieder vertrieben werden sollen. Zum größten Teil ist das Los der Umsiedler hier nicht gut, bis auf die paar welche Neubauern geworden sind. Viele haben nichts zum Anziehen sowie auch keine Kochgräte u. a. Wirtschaftsartikel, wogegen Neu- u. Altbauern in den meisten Fällen jetzt mehr besitzen als früher, was sie sich nur durch Schieberei und Tauschgeschäfte besorgen.«⁷¹ Hier wie auch in zahlreichen anderen Beispielen wurde der Zusammenhang zwischen dem Wunsch nach Rückkehr, gegenwärtiger Notsituation und unsicheren Informationen über das weitere politische Schicksal deutlich hervorgehoben.

Die verbreiteten Gerüchte über neue Vertreibungen und Grenzverschiebungen zeugen demnach nicht allein von der eingangs angesprochenen Unterversorgung mit

69 Ebd.

70 HStA Dresden, 11410 Kreistag/Kreisrat Bautzen, Nr. 162: Polizeiliche Wochen- und Monatsberichte des Bezirkspolizeipräsidiums Bautzen sowie Stimmungsberichte der Kreispolizeiposten zur politischen und wirtschaftlichen Situation in den Gemeinden, Jan.-Aug. 1947: »Polizeilicher Wochenbericht« der Woche 30. 3.–5. 4. 1947 des Bezirkspolizeipräsidiums Bautzen an das MdI v. 8. 4. 1947, fol. 34–38, und »Polizeilicher Wochenbericht« der Woche 20. 4.–26. 4. 1947 des Bezirkspolizeipräsidiums Bautzen an das MdI v. 28. 4. 1947, fol. 52–55.

71 HStA Dresden, 11410 Kreistag/Kreisrat Bautzen, Nr. 162: Polizeiliche Wochen- und Monatsberichte des Bezirkspolizeipräsidiums Bautzen sowie Stimmungsberichte der Kreispolizeiposten zur politischen und wirtschaftlichen Situation in den Gemeinden, Jan.-Aug. 1947: »Stimmungsbericht« des Kreispolizeipostens Prischwitz an das Kreispolizeiamt Bautzen v. 29. 8. 1947, fol. 244.

vertrauenswürdigen Informationen, sie drückten zudem starke Ängste (und gelegentlich Hoffnungen) aus. Während die eingesessene sorbische Bevölkerung vor allem Ängste bezüglich etwaiger Germanisierungstendenzen durchlitt⁷², äußerten nicht wenige Vertriebene die Erwartung, das Rad der (Vertreibungs-)Geschichte werde noch einmal zurückgedreht. So meldete das Kreisnachrichtenamt Bautzen im August 1948 aus Wilthen, es gebe Gerüchte, die Grenzziehung im Osten würde teilweise rückgängig gemacht: »Die Oder solle die Ostgrenze bilden. Die polnische Regierung habe angeordnet, die Frühjahrspflanzung in dem Gebiet westlich der Oder einzustellen. Die in den letzten Wochen ausgewiesenen Umsiedler hätten bestätigt, daß in den fraglichen Gebieten die Felder tatsächlich nicht bestellt würden. Im Monat April solle bereits mit der Rückführung der Bauern begonnen werden, dann sollten die Handwerker folgen. Diese Gerüchte sind so ernst genommen worden, daß ein Teil der schlesischen Neubürger Tun und Handeln bereits jetzt auf eine baldige Rückkehr einrichtet. Auch die Sudetendeutschen glauben fest und zuversichtlich an eine baldige Heimkehr.«⁷³ Zu einem Zeitpunkt, da in Deutschland noch keine dauerhafte staatliche Ordnung hergestellt worden war, die Spannungen zwischen den Besatzungsmächten zunahmen und die Kommunisten in der SBZ und den osteuropäischen Ländern ihre Herrschaft erst noch konsolidieren mussten, schien es nicht unmöglich, dass es zu neuen Grenzziehungen kommen könnte.

72 Bezeichnend sind in diesem Zusammenhang etwa die Befürchtungen der Domowina, unter dem Druck der Neuankömmlinge werde das sorbische Schulwesen in seiner Existenz bedroht. In einem Bericht, der im Kontext der Volkszählung 1946 entstand, heißt es: »Die aus Schlesien und der Tschechoslowakei ausgewiesenen Deutschen überschwemmten auch die Lausitz, so dass die rein sorbischen Orte jetzt eine Mischbevölkerung aufweisen. Die Volksschulen sind zweisprachig geworden. Es amtieren dort deutsche Lehrer aus den genannten Gebieten und eine beschränkte Anzahl in zweimonatlichen Kursen herangebildete Neulehrer. Die Unterrichtssprache ist den Verhältnissen entsprechend deutsch, allerdings wird auch die sorbische Sprache im Unterricht verwendet. Es ist nicht zu leugnen, dass bei diesem Zustand die Erziehung der sorbischen Jugend gefährdet ist, zumal die Flüchtlinge Germanisierungstendenzen aufweisen.« Sorbisches Kulturarchiv, MS/XVII: Statistik der Lausitzer Sorben 2: Unterlagen und Materialien 1926–1946, I: Sorbische Eingabe zur Durchführung der Volkszählung an die Sowjetische Militärverwaltung 1946: Manuskript »Stand des Lausitzer-sorbischen Schulwesens« der Domowina, o. D., fol. 37–38.

73 HStA Dresden, 11410 Kreistag/Kreisrat Bautzen, Nr. 241: Berichte und Informationen des Kreisnachrichtenamtes Bautzen (später Amt für Informationen) über die politische, wirtschaftliche und kulturelle Situation in den Gemeinden, 1947–50: Bericht des Kreisnachrichtenamtes Bautzen v. 5. 4. 1948, fol. 205–213.

Drohende Apokalypse

Drückten sich Ängste und Hoffnungen der Bevölkerung in den umlaufenden Gerüchten gleichermaßen aus, so blieb es angesichts des hohen Grades an Unsicherheit nicht aus, dass diese gelegentlich eine ausgeprägte Eigendynamik entwickelten und sich zu kollektiven düsteren Vorahnungen entwickelten. Berichte über Bevölkerungs- und Grenzverschiebungen verbanden sich mit Befürchtungen, dass ein neuer Krieg ausbrechen könne. Diese steigerten sich gelegentlich zu wahren Weltuntergangsvorstellungen.⁷⁴ So hieß es wiederum aus Wilthen über ein bevorstehendes »Weltgeschehen«: »Diese Gerüchte haben vermutlich ihren Ursprung in irgendeiner Prophezeiung. Es wird gesagt, daß auf weitere 60 Tage Regen 30 Tage Blutvergießen folge und dann würde es besser werden. Diese unsinnigen Redensarten sind häufig zu hören, wenn über die schweren Zeiten gesprochen wird und sollten als Trost aufgefaßt werden. Solche Gerüchte haben zur Folge, daß die Bevölkerung dem Bestreben um einen gerechten Frieden und die Einheit Deutschlands teilnahmslos gegenüber steht. Ein großer Teil der Menschheit wird gleichgültig, nimmt an der Politik keinen Anteil mehr und sagt sich, es hat doch alles keinen Zweck mehr, es kommt ja doch in Kürze zu einem neuen Weltkrieg. Es hat den Anschein, als wenn von irgend einer Seite die Bevölkerung bewußt in die Lethargie gezogen werden sollte. Der Ausgangspunkt dieser Gerüchte konnte bisher nicht ermittelt werden.«⁷⁵ Fatalismus und Pessimismus kamen aus Sicht der Behörden praktisch Sabotageakten gleich, sodass die entsprechenden Gerüchte als eine bewusste Demoralisierungsstrategie des »imperialistischen« Westens galten. Von Seiten der Behörden gab es kein Verständnis für oder Akzeptanz der tiefen Demoralisierung großer Teile der Bevölkerung, die ihre Wurzeln in der Zeit des Zweiten Weltkrieges hatte. Den direkten Zusammenhang zwischen Kriegsangst und negativen Folgen für den Neuaufbau verdeutlicht ein Schreiben des Kreiskontrollbeauftragten der Deutschen Wirtschaftskommission an den Landrat von Bautzen vom März 1949, in dem »eine gewisse Vernachlässigung der in dieser Zeit verstärkt anfallenden landwirtschaftlichen Arbeiten« beklagt wurde, »da sich dann bei manchen Bauern die Überzeugung festsetzt, eine Aussaat lohne sich nicht mehr, wenn die Garantie einer sicheren Einbringung der

74 Zu Untergangsprophezeiungen, übernatürlichen Erscheinungen und Ankündigungen von Unheil als Themen von Gerüchten und »neuen Sagen« in der Nachkriegszeit vgl. Kalinke, Gerüchte (wie Anm. 18), S. 161ff.

75 HStA Dresden, 11410 Kreistag/Kreisrat Bautzen, Nr. 241: Berichte und Informationen des Kreisnachrichtenamtes Bautzen (später Amt für Informationen) über die politische, wirtschaftliche und kulturelle Situation in den Gemeinden, 1947–50: Bericht des Kreisnachrichtenamtes Bautzen v. 20. 2. 1948, fol. 222–229.

Ernte nicht gegeben sei.« Weiter hieß es: »Die Grundlage all dieser Parolen beruht im Wesentlichen auf den bekannten drei Punkten:

1. Revision der Oder-Neiße-Linie und Tschechoslowakischen Grenze und dadurch ermöglichte Rückkehr der Umsiedler.
2. Kriegsausbruch und erneute Umgestaltung der Staats- und Wirtschaftsform in der Ostzone.
3. Revision der Bodenreform und Verlust der Neusiedlerstellen.

In letzterem Falle werden als Deckmantel immer angebliche Mißstände bei der Durchführung der Bodenreform herausgestellt. Auch dieses Jahr bildet die Bodenreform neben der Kriegsgefahr das Hauptargument, und es ist damit zu rechnen, dass mit Beginn der Frühjahrsbestellung die reaktionäre Propaganda ihren Höhepunkt erreichen wird. Mangels realer Grundlage verschwinden solche Gerüchte sehr bald wieder, der angerichtete Schaden aber bleibt.«⁷⁶ Wer eine neue Apokalypse befürchtete, konnte an einen Neuaufbau kaum glauben.

Weltuntergangs- und Kriegsgerüchte der Nachkriegszeit haben indes nicht nur in der SBZ, sondern auch in Westdeutschland Verbreitung gefunden. Die Blockkonfrontation im sich entfaltenden Kalten Krieg sowie die Angst vor einem Atomkrieg waren hierfür die wichtigsten Triebkräfte. Ein Beispiel hierfür stellen die von Alfred Dieck untersuchten Weltuntergangsgerüchte in Niedersachsen aus dem Jahr 1949 dar.⁷⁷ Nach Diecks Auffassung hatte der totale Autoritätsverlust der NS-Herrschaft ein Vakuum hinterlassen, in das in den Nachkriegsjahren allerlei Propheten und Weissager traten, die vor allem für entwurzelte Bevölkerungsgruppen wie Vertriebene und Flüchtlinge zu Informationsquellen wurden: »Von ihnen glaubte und glaubt man wahre Auskunft über das eigene Schicksal und nun vor allem auch über das der verlorenen Ostheimat und Gesamtdeutschlands erhalten zu können.« So entstand ein günstiges Klima für Gerüchte, das durch verantwortungslose Pressearbeit noch gefördert wurde: »Aufputschende Meldungen über Spannungen an der Zonengrenze bringen die Zeitungen des Beobachtungsraumes in großer Aufmachung, um sie verschiedentlich nach wenigen Tagen an versteckter Stelle als nicht ganz der Wahrheit

76 HStA Dresden, 11410 Kreistag/Kreisrat Bautzen, Nr. 221: Tätigkeit des Kontrollbevollmächtigten für den Landkreis Bautzen der Landeskontrollkommission der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK), 1948–52: Schreiben des Kontrollbeauftragten für den Kreis Bautzen an den Landrat von Bautzen v. 18. 3. 1949 betr. reaktionäre Umtriebe im Kreis Bautzen, fol. 36.

77 Alfred Dieck, Der Weltuntergang am 17. März 1949 in Südhannover. Ein Beitrag zur Erforschung von Gerüchten, in: Neues Archiv für Niedersachsen 4 (1950), S. 704–720.

entsprechend zu berichtigen.«⁷⁸ Die Situation am Ende des Zweiten Weltkrieges ähnelte damit der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, als »Inflationsheilige« und Untergangspropheten ebenfalls die Verunsicherung der öffentlich zugänglichen Informationen für ihre Zwecke zu nutzen versucht hatten.⁷⁹ Gerüchte konnten gleichsam in Untergangsvorausagen kulminieren, die mit bestimmten Daten oder Szenarien verbunden wurden. Diese apokalyptischen Entwürfe verhiessen unsagbar Schreckliches in einer ohnehin schwer erträglichen Gegenwart, sie enthielten jedoch zugleich auch Hoffnung auf Veränderung.

Fazit

Wie die Untersuchung von Stimmungslagen der unmittelbaren Nachkriegszeit zeigt, waren Kriegsende und Neuaufbau in Sachsen bzw. der Oberlausitz durch massive Unsicherheiten und Pessimismus geprägt. Nachdem der katastrophale Krieg sein Ende gefunden hatte, trugen politische Spannungen, traumatischer Heimatverlust sowie materielle Not dazu bei, Apathie und Zukunftsängste weiter Teile der Bevölkerung zu befördern. Die sozialen Umwälzungen angesichts der Aufnahme von etwa einer Million Flüchtlinge und Vertriebenen in Sachsen steigerten die Verunsicherung noch.

In dieser Situation blieb die Verbreitung von Gerüchten, v.a. bezüglich Grenzrevisionen, Bevölkerungsverschiebungen, militärischen Interventionen und Kriegeausbruch, virulent. Die Notlage der Gegenwart erzeugte das Bedürfnis nach »alternativen« Informationen jenseits von Propaganda und zensierter Presse, in denen sich Befürchtungen oder Hoffnungen ausdrücken ließen.⁸⁰ Gerüchte fungierten dabei als Informationsersatz, als Ventil für angespannte Stimmungslagen, aber auch als »Hoffnungsschimmer« in der bedrohlichen Alltagsrealität.⁸¹ In diesem Sinne setzten sich in der unmittelbaren Nachkriegszeit Stimmungslagen und Gerüchtediffusion der NS-Zeit ungebrochen fort. Für die erst im Aufbau befindliche kommunistische Herrschaft in der SBZ/DDR erschien diese Situation bedenklich, weshalb sie sie über Kontrollberichte zu erfassen und zu bewerten versuchte.

78 Ebd., S. 705f.

79 Vgl. Ulrich Linse, *Barfüßige Propheten. Erlöser der Zwanziger Jahre*, Berlin 1983.

80 »Ein Gerücht, das kein psychologisches Bedürfnis, keinen Wunsch befriedigt und keiner Sorge entspricht, wird ins Leere laufen. Nur wenn es Regungen auslöst, sich in bekannte Erzählungen einfügt und einen Platz im Symbolhaushalt der Hörer findet, wird es auch Erfolg haben.« Jörg Baberowski, *Die Diktatur der Gerüchte. Einleitung*, in: *Journal of Modern European History* 10 (2012) H. 3: *Rumours and Dictatorship*, hrsg. v. Jörg Baberowski, S. 315–319, hier S. 317.

81 Kalinke, *Gerüchte* (wie Anm. 18), S. 169.